Sehr geehrter Herr Vorsitzende des Stadtrates,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,

mit dem Ihnen vorliegendem Jahresbericht, der den Zeitraum für das Jahr 2022 umfasst, kommt der Beirat für Integration und Migration seiner Verpflichtung gemäß § 2 Abs. 3, Nr. 5 der Beiratssatzung nach.

Der Vorsitzende des Beirates bringt den Bericht als Information ein und wirkt dabei als Integrationsbeauftragter der Stadt, der laut Dienstanweisung SDA II 90/03 ebenso zur Berichtserstattung über aktuelle Entwicklungen im Bereich des politischen Handlungsfeldes Integration und Migration, anhand von Daten und Fakten, verpflichtet ist.

Der jährliche Bericht des Beirats bezieht sich auf Aufschlüsse aus der ehrenamtlichen Arbeit dieses Gremiums und seiner Mitglieder sowie des ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten. Eine ganzheitliche, auf die kontinuierliche Beobachtung von Integrationsprozessen ausgerichtete Berichterstattung, welche die verschiedenen migrantischen Zielgruppen berücksichtigt, wird in dem Bericht nicht dargestellt.

Der vorliegende Bericht knüpft an den Ausblick an, der im Jahresbericht 2021 gegeben wurde. Er nimmt Bezug auf die Fragen, Herausforderungen und Probleme, die dem Beirat sowie dem Integrationsbeauftragten im Berichtszeitraum besonders häufig begegneten bzw. an ihn herangetragen wurden.

In den einzelnen Gliederungspunkten betrachtet werden die Struktur der Zuwanderung und die Lebensbereiche von Migrant*innen in Magdeburg, die Auswirkungen der Pandemie und des Krieges in der Ukraine, die Situation der Selbstorganisation von Migrant*innen in der Landeshauptstadt und die Entwicklung des Integrationskonzeptes der LH Magdeburg.

Der Bericht enthält zudem einen Überblick über die Aktivitäten des Beirates sowie des Integrationsbeauftragten. Ein abschließendes Fazit rekapituliert Handlungsbedarfe und Handlungsempfehlungen für die Stadt Magdeburg.

Es bleibt erneut festzustellen, dass Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund auch 2022 in besonderem Maße sowohl am Arbeitsmarkt als auch bei den Zugängen zu Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe mit

erheblichen, sowohl neueren wie langfristigen (strukturellen) Herausforderungen konfrontiert waren.

Ein weiterer Punkt betrifft die Struktur der Kooperation zwischen dem ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten und den Ämtern. Hier bleibt erneut festzustellen, dass im Berichtszeitraum die Vorgaben der Dienstanweisung SDA II 90/03 durch Teile der Stadtverwaltung nicht eingehalten wurden. Gleiches gilt für die Einbindung und Beteiligung des Beirates an den Verwaltungsvorgängen, die integrations- und migrationsrelevant sind. Dies führte zu einem enormen ehrenamtlichen Mehraufwand für den Beirat und Integrationsbeauftragten und wirkte sich negativ auf die Wahrnehmung in den Zielgruppen, in der Öffentlichkeit sowie auch in der Stadtverwaltung aus.

Es ist festzustellen, dass in der Stadt Magdeburg mit mittlerweile nahezu 40.000 Einwohnern mit Migrationshintergrund und der Komplexität der Themen im Bereich der Integration bedarf die Realisierung der vielfältigen Aufgabenfelder des ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten einer hauptamtlichen Unterstützung aus der Verwaltung.

Schließlich sind auch die bereits im Jahresbericht 2021 festgestellten Tendenzen struktureller Diskriminierung gegenüber Magdeburger*innen mit Einwanderungsgeschichte erneut als fortbestehende Problematik zu benennen.

Trotz vieler positiver Integrationsansätze und erreichter Erfolge bestehen weiterhin einige Mängel, die sich hemmend auf den Integrationsprozess auswirken.

So kommt der Jahresbericht 2022 auch zu annähernd identischen Handlungsempfehlungen wie im Vorjahresberichtszeitraum.

Dazu zählt zuerst die Empfehlung, die Richtlinie zur Basisförderung von Migrant*innenorganisationen gemeinsam mit dem Beirat zu überarbeiten und an die Bedarfe der Zielgruppe anzupassen. Die zu geringe Strukturunterstützung birgt die Gefahr, dass die Stadtverwaltung den Kontakt zu Magdeburger*innen mit Einwanderungsgeschichte dauerhaft verliert, die Migrant*innenorganisationen als „Brückenbauer“ ihre Arbeit einstellen und der Standort Magdeburg für Zuwanderung von ausländischen Fachkräften beschädigt und unattraktiv wird.

Aus Sicht des Beirates erscheint mehr denn je ein gemeinschaftliches Zusammengehen der beteiligten Akteur*innen als sinnvoll und notwendig.

Unverändert gültig bleibt schließlich auch das Plädoyer des Beirats und des Integrationsbeauftragten, wie es bereits im Jahresbericht 2021 formuliert wurde:

1) Ein gesamtgesellschaftlicher Prozess der Interkulturellen Öffnung (IKÖ) ist die Grundlage für eine erfolgreiche Integration zugewanderter Menschen. Sie schafft ein Klima, in dem Vielfalt anerkannt und als positives Merkmal erlebbar ist. Sie betrifft alle Ebenen einer Institution ebenso wie alle gesellschaftlichen Ebenen und Strukturen. Integration gelingt nur dann, wenn sich die Strukturen der Aufnahmegesellschaft ernsthaft der Aufgabe und dem Prozess der Interkulturellen Öffnung stellen.

2) Integration im Sinne des Ermöglichens gleichberechtigter Teilhabe und Partizipation sowie des durch Respekt geprägten Miteinanders kann nur dann gelingen, wenn die einheimische *und* zugewanderte Bevölkerung die verfassungsrechtlichen Grundlagen und die ihnen zugrundeliegenden Werte als gemeinsames gesellschaftliches Fundament anerkennen. In einer freiheitlichen Gesellschaft, die die Würde jedes Menschen gleichermaßen achtet, darf es für Diskriminierung, Ausgrenzung und Rassismus keinen Raum geben.

3) Magdeburg sollte weiterhin verstärkt auf die Förderung eines Klimas der Wertschätzung setzen. Es sollte auf den gelebten gegenseitigen Respekt von Angehörigen unterschiedlicher Kulturen, Weltanschauungen und Religionen setzen, um aktiv und authentisch als weltoffene Stadt aufzutreten und als solche über die Grenzen unseres Bundeslandes hinaus wahrgenommen zu werden.

Als ehrenamtlicher Integrationsbeauftragter bin ich an einer kooperativen Zusammenarbeit mit allen kommunalen, gesellschaftlichen und politischen Strukturen interessiert, um die soziale, politische und rechtliche Integration sowie die Beteiligung an kommunalen Entscheidungsprozessen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte in Magdeburg zu fördern. Daher würde ich mich über einen gemeinsamen Weg aller Beteiligten freuen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.